97. Jahrgang. Nr. 593 — Sonnabend, 17. Dezember 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Hauptschriftl.: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25941. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Botenlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 86 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 maligem wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Preisnachlaß. Preisnachlaß lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Kliepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1066 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die nächsten Arbeiten des Kabinetts

Warmbold entwickelt sein Programm

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 16. Dez. Das Reichskabinett tritt am Sonnabendvormittag zu einer Sitzung zusammen, in der es sich zunächst mit der Gestaltung der Winterhilfe befassen wird. Wie die Kabinettsbeschlüsse aussehen werden, läßt sich noch nicht sagen, da die Verhandlungen der Ressorts noch im Gange sind und erst kurz vor der Kabinettssitzung zum Abschluß gelangen werden. Es ist aber anzunehmen, daß sich die Regierungsmaßnahmen stark unter dem halten, was die Reichstagsparteien als Mindestmaß bezeichnet hatten.

Ferner wird das Kabinett morgen eine Notverordnung genehmigen, die die Aufhebung der Pressenotverordnung und der sogenannten Terrornotverordnung bringt. Damit werden die unter der Regierung von Papen eingeführten Sondergerichte wieder aufgehoben und die weitgehenden Beschränkungen der Pressefreiheit beseitigt.

Eine weitere Notverordnung wird die gesetzliche Aufrechterhaltung einiger Bestimmungen des mit dem Ende des Jahres ablaufenden Republikschutzgesetzes bringen, nämlich derjenigen, die sich auf den Hoheitsschutz, den Schutz der persönlichen Ehre amtierender oder früherer Regierungsmitglieder beziehen und die Umsturzbestrebungen unter besondere Strafe gestellt hatten.

Wie schon kurz gemeldet, hatte der Reichswirtschaftsminister

Warmbold eine Aussprache mit Gewerkschaftsvertretern.

Nach Mitteilungen von gewerkschaftlicher Seite brachte er zum Ausdruck, daß von seiner Seite aus die Arbeitsbeschaffung auf das Lebhafteste gefördert werde. Allerdings müsse man bei der Finanzierung daran festhalten, daß jede Kreditschöpfung da ihre natürliche Begrenzung finde, wo nicht die absolute Sicherheit der Währung gewährleistet ist. Die für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung zur Verfügung zu stellende Summe stehe im Augenblick noch nicht fest. Was die Wirksamkeit der sogenannten Einstellungsprämie betreffe, so seien immerhin 62 500 Arbeitnehmer auf diesem Wege in Arbeit und Brot gekommen. Bisher seien für diesen Zweck 60 Millionen Mark in Steuergutscheinen ausgegeben worden. Zur Subventionspolitik erklärte der Reichswirtschaftsminister, daß die Reichsregierung eine solche Politik im allgemeinen nicht als erwünscht bezeichne und daß größte Zurückhaltung geübt werden solle. Diese Zurückhaltung dürfe aber kein Dogma sein, besonders, wenn volkswirtschaftliche Interessen auf dem Spiele stehen.

Der Staat müsse sich im Falle der Subventionierungen den notwendigen Einfluß auf den Betrieb sichern.

Gegenwärtig werde eine Erhebung durchgeführt, um festzustellen, welche Einkünfte und Bezüge in den subventionierten Betrieben gezahlt werden.

In einem gewissen Zusammenhang mit den Arbeitsbeschaffungsfragen steht auch

die Sorge um die akademische Jugend.

Der Reichskanzler hat dies in seiner Rundfunkrede ja bereits berührt. Die bisherigen Hilfsorganisationen, die sich der arbeitslosen und darbenden Jugend angenommen hatten, sollen in dem angekündigten „Notwerk für die deutsche Jugend" eine organische Zusammenfassung erfahren. Im Rahmen dieses Plans würde es auch liegen, wenn der Arbeitsdienst und das sogenannte Werkjahr für die jungen Akademiker mit wehrsportlichen Bestrebungen vereinigt werden, die das Reichskuratorium für die Jugendertüchtigung organisiert. Nebenher wird geprüft, wie weit man speziell für die akademische Jugend Vorschläge des Deutschen Studentenwerkes benutzen kann. Auch die Ausbildungskurse für die jugendlichen Erwerbslosen sollen eine besondere Unterstützung erfahren. Die „Freiwillige Bauernhilfe", von der der Reichskanzler in seiner Rundfunkrede sprach, basiert auf den Vorschlägen des Studentenwerkes und geht dahin, Abiturienten im Rahmen des Arbeitsdienstes zeitweise in eine landwirtschaftliche Betätigung einzugliedern. Jedoch unterliegen diese Absichten zunächst noch den Prüfungen der zuständigen Ressorts.

Die Verordnung zur Arbeitsbeschaffung

Berlin, 16. Dez. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine auf Grund von Artikel 48 erlassene Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsbeschaffung und der ländlichen Siedlung. Danach wird zu einheitlicher und beschleunigter Förderung aller Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung ein Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung bestellt. Der Reichskommissar wird vom Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannt. Der Reichskommissar hat seine Aufgaben im Benehmen mit den zuständigen Reichsministerien wahrzunehmen. Der Reichskanzler setzt beim Reichskommissar einen Ausschuß aus Mitgliedern der Reichsregierung ein. Der Ausschuß ist zuständig zur Beschlußfassung über 1. die Richtlinien zur Durchführung der Arbeitsbeschaffung, 2. die Zulassung von Arbeiten, die entweder von den Richtlinien erheblich abweichen oder besonders wichtig sind.

Zur beratenden Mitwirkung an den Aufgaben des Reichskommissars kann ein Beirat gebildet werden. Der Reichskommissar kann seine Befugnisse Reichsbehörden und Dienststellen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung, sowie im Benehmen der Landesregierung, Landes- und Gemeindebehörden übertragen. Die Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden, sowie andere Körperschaften des öffentlichen Rechtes haben ihm jede zur Wahrnehmung seiner Aufgaben dienliche Verwaltungshilfe unentgeltlich zu leisten.

Um die Vereinheitlichung der Aufgaben der ländlichen Siedlung sicherzustellen, setzt der Reichskanzler bei dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft einen Ausschuß aus Mitgliedern der Reichsregierung ein, dessen Beschlußfassung der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bei grundsätzlichen Entscheidungen, insbesondere über die Aufstellung von Richtlinien und über deren Durchführung, einzuholen hat. Der Reichskanzler kann den Vorsitz des Ausschusses selbst übernehmen. Seine Vertretung steht dem Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung zu.

Verschleppte Probleme

Die ganze Welt verfolgt fieberhaft all die ersten leisen Anzeichen einer Besserung der Wirtschaftskonjunktur. Aber die Staatsmänner scheinen diesen Hoffnungen und Sehnsüchten nur ein recht geringes Verständnis entgegenzubringen. Zwar nicht in ihren Worten, die wie immer voll tönender Bereitschaft zu rettenden Taten sind, aber in ihren entscheidenden Handlungen, die jede Energie und Entschlossenheit zu rascher Arbeit vermissen lassen. So verschleppt man jetzt die Weltwirtschaftskonferenz, die ursprünglich im Januar beginnen sollte, auf völlig unbestimmte Zeit. Genau so wurde die Entscheidung über die Tribute so lange verschleppt, bis man eben beim schlechtesten Willen nicht mehr anders konnte, als den zwingenden Tatsachen Rechnung zu tragen. Gewöhnlich kann man sagen, daß die Theorie hinter der praktischen Wirklichkeit nachhinke. In der internationalen Politik scheint das Umgekehrte richtig zu sein. Daß die Tribute ein Uebel waren, das die Hauptschuld an der Weltkrise trug, das war theoretisch auch im Lager unserer Gegner schon lange Gemeingut aller ernstzu nehmenden Wirtschaftspolitiker und Staatsmänner geworden. Aber die Praxis entschloß sich erst die notwendigen Folgerungen daraus zu ziehen, als die Weltwirtschaftskrise einen für die ganze abendländische Kultur gefährlichen Höhepunkt erreicht hatte. Schuld daran ist die Schwerfälligkeit des diplomatischen Apparates in allen Ländern. Schuld daran ist in erster Linie das demokratische System, die Herrschaft der Parlamente, die es den verantwortlichen Ministern kaum gestattet, zu handeln, wie sie es für richtig halten, sondern sie vielmehr zwingt, auf Wählerlaunen, auf Schlagworte und auf die kurzsichtigen Tagesinteressen der breiten Massen oder mächtiger Interessentenkreise Rücksicht zu nehmen. Auch in Amerika wissen Handel, Industrie und Landwirtschaft ebenso wie die Führer der Arbeiterschaft, daß ihren Interessen am besten mit einer Streichung der interalliierten Schulden gedient wäre. Nicht im Augenblick, aber auf lange Sicht gesehen. Jedoch alle Politiker, vom Präsidenten bis zum letzten Mitglied des Repräsentantenhauses, fürchten, daß irgendein Demagoge sie unter dem Beifall der Massen bei einer Einwilligung in die Schuldenstreichung der Verschleuderung des Nationalvermögens beschuldigen könnte. Also geschieht nichts, um nach der Bereinigung der Tributfrage Zug um Zug auch das Schuldenproblem anzupacken und so der Weltwirtschaft den erhofften psychologischen Auftrieb zu geben. Und da der offene Konflikt zwischen Amerika einerseits und Frankreich und Belgien anderseits, der als notwendige Folge aus dieser fehlenden Einigungsbereitschaft entsprang, auch seinerseits nicht geeignet ist, die notwendige Vertrauensgrundlage für ein gedeihliches Arbeiten der Weltwirtschaftskonferenz zu schaffen, sind wir von einer endgültigen Klärung der Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Völker heute fast weiter entfernt als je. Ueberdies tragen die umständlichen Konferenzbemühungen das ihre dazu bei, daß alles noch viel langsamer geht.

Es ist notwendig, heute mit Nachdruck daran zu erinnern, daß in Lausanne nur das Erste und Dringendste geschehen ist, um all die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die einer Erholung der Welt im Wege stehen. Das richtigste wäre gewesen, man hätte damals alle anderen Fragen, der Währungsverschlechterungen, der besseren Verteilung des Weltgoldvorrates, einer gleichmäßigen freieren, auf alle Staaten sich erstreckenden Kreditgewährung, die Beseitigung der Handelshemmnisse, der Kontingente, die Regelung der politischen und nicht zuletzt der privaten Schulden, Zug um Zug vorgenommen. Statt dessen begnügte man sich allzu bescheiden mit einem einzigen Ergebnis, das überdies durch ein Gentleman Agreement zwischen Frankreich und England hinsichtlich der Verzögerung der Ratifikation seines Wertes teilweise beraubt wurde, und verlagte zunächst einmal alle anderen brennenden Probleme. Allerdings wurde beschlossen, in naher Zukunft auf einer neuen Konferenz zusammenzukommen, der man den schönen, vielversprechenden Namen „Weltwirtschaftskonferenz" gab. Aber die Monate vergingen, von der Konferenz war nichts mehr zu hören. Schließlich hieß es, im Januar in London. Man hörte, daß Macdonald sich der Konferenz annehmen wolle, die seine große Hoffnung geworden war. Aber Macdonald ist ein durch und durch kranker, müder Mann, den eigentlich nur noch sein starker Glaube an seine Mission als Reiter Europas aus dem drohenden Chaos aufrechterhält. Er hat zudem in seiner optimistischen Denkart schon immer die Schwierigkeiten unterschätzt. In der Tat ist es jetzt erst so weit, daß möglicherweise im Januar in Genf ein vorbereitender Ausschuß zusammentritt, der die Tagung selbst für — Mai in Aussicht zu nehmen gedenkt. Bis dorthin werden sich sicher noch neue Umstände ergeben, die Europas vorsichtigen Staatsmännern eine erneute Vertagung ratsam erscheinen lassen.

Einen Grund hat man ja bereits: den französisch-amerikanischen Schuldenkonflikt. Man wird es für ratsam halten, Amerika vorerst nicht zu einer allgemeinen Konferenz zu bitten, weil man unter Umständen mit einer Absage vor Klärung des Konfliktes rechnen müßte. Auch die Frage der Stabilisierung des englischen Pfundes ist ein

Die KPD. treibt wieder Bürgerkriegshetze

Planmäßiger Terror gegen Richter

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 16. Dez. Kaum hat Reichskanzler v. Schleicher in seiner Rundfunkrede den Kommunisten zu verstehen gegeben, daß die Staatsgewalt nicht davor zurückschrecken würde, gegen sie erforderlichenfalls mit den schärfsten Mitteln vorzugehen, da gelangt die Oeffentlichkeit schon wieder zur Kenntnis einer großangelegten illegalen Flugblattaktion, die von den Kommunisten in den verschiedensten Teilen Berlins durchgeführt worden ist. In diesen Flugblättern, die weder den Namen des Verfassers noch des Druckers tragen, wird wiederum ganz offen zu Gewalttaten aufgefordert. So heißt es in einem dieser Blätter, das als „Rote Sturmfahne" bezeichnet ist, u. a. wörtlich: „Nieder mit Schleicher! Arbeitende des Volkes, erhebet euch!"

„Rüstet zum Massenstreik gegen die Generalsdiktatur!"

„Haltet euch in höchster Alarmbereitschaft!"

An anderen Stellen läßt man die Diktatur des Proletariats hochleben und fordert den Massenstreik zur Niederringung der „faschistischen Diktatur". Andere Flugblätter hetzen in schärfster Weise gegen die deutsche Richterschaft und zum Klassenkampf gegen die „faschistische Henkerjustiz". Es wird dazu aufgefordert, vor Gefängnissen und Gerichten Massendemonstrationen zu organisieren und die Gerichtssäle zu besetzen, wo „faschistische Blutrichter" über Proletarier zu Gericht sitzen. Die „ebenso feigen wie brutalen Klassenrichter" müßten unter den Druck des revolutionären Massenkampfes gesetzt werden. Man geht sogar so weit, daß dazu aufgefordert wird, Delegationen in die Wohnungen der einzelnen Richter zu entsenden, um ihnen keine ruhige Stunde zu lassen. Die Hetze gegen die Richterschaft gipfelt in dem Ruf:

„Tod dem Richter, der es wagt, unsere Genossen zu verurteilen!"

In einem weiteren Flugblatt wird erklärt, daß die Massen die Plünderung von Getreidespeichern und Kohlenhalden vornehmen müßten. Diese ganz offen betriebene Vorbereitung zum Aufruhr sollte es den zuständigen Stellen als Notwendigkeit erscheinen lassen, mit einem Einschreiten gegen die hetzerischen Kreise nicht zu zögern.

In der vergangenen Nacht löste die Polizei eine geheime Funktionärversammlung der KPD. auf, wo über 100 Personen festgenommen wurden.

Strafantrag im Landesverratsprozeß Jäger

Leipzig, 16. Dez. In dem Prozeß gegen den Chauffeur August Jäger, der beschuldigt wird, im Jahre 1915 an der Front bei Langemark zu den Franzosen übergelaufen zu sein und deutsche Angriffsvorbereitungen verraten zu haben, beantragte der Reichsanwalt wegen Kriegsverrates gegen den Angeschuldigten 14 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. — Das Urteil erwartet man für Sonnabend.

Das Schächten in Thüringen verboten

Weimar, 16. Dez. Der Thüringer Landtag nahm am Donnerstag das von der Regierung eingebrachte Gesetz über Tierschutz an, worin das betäubungslose Schlachten von Tieren, das Schächten, verboten wird.